|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Stadtlogo2Christlich Demokratische Union |  |  | CDU |
|  |  Fraktion Castrop-Rauxel |
| **CDU** Fraktion • Wittener Straße 41 •44575 Castrop-Rauxel |  |
| An den Vorsitzenden desAusschusses für WirtschaftsentwicklungHerrn Nils BettingerEuropaplatz 144575 Castrop-Rauxel | GeschäftsstelleWittener Straße 4144575 Castrop-RauxelTelefon (0 23 05) 54 95 95Telefax (0 23 05) 54 95 96fraktion@cdu-castrop-rauxel.de [www.cdu-castrop-rauxel.de](http://www.cdu-castrop-rauxel.de)21.06.2017 |

**Antrag der CDU-Fraktion**

**Betreff: Optimierung beruflicher Integration von Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Bettinger,

hiermit bitte ich im Namen der CDU Fraktion, folgenden Antrag auf der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses behandeln und beschließen zu lassen:

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bzw. auf der Basis des Integrationsgesetzes von 2016 Ausbildungsplätze oder Praktika anbieten, erheblich zu verbessern und den entsprechenden Flüchtlingen die Teilnahme an derartigen Bildungsmaßnahmen durch die Wirtschaft zu gestatten.**

Begründung:

In Gesprächen mit Unternehmen aus dem Stadtgebiet haben wir erfahren,

* dass Unternehmen (z.B. Gebäudereinigung, Baufirma u.a.) bei den Versuchen, motivierten Flüchtlingen mit Bleibeperspektive, die sich durch Eigeninitiative bei Unternehmen für Praktika und Ausbildung beworben haben und denen entsprechende Ausbildungsplätze angeboten wurden, in der Vergangenheit zahlreiche Steine in den Weg gelegt wurden.
* dass durch die Agentur für Arbeit / den „IntegrationPoint“ in der Vergangenheit wiederholt Versuche gestartet wurden, entsprechende Flüchtlinge in Maßnahmen (Ausbildung / Praktika / Schulungen) zu bringen und diese dazu keine Genehmigungen durch die Ausländerbehörde der Stadt Castrop-Rauxel erhielten.
* dass Unternehmern, die bei der Stadt um Vermittlung von Flüchtlingen für Praktika und Ausbildung ersucht haben, keinerlei Rückmeldung (resp. Vermittlungen) gegeben wurden.

Somit bleiben bei den betroffenen Unternehmen Ausbildungsplätze, für die die Nachfrage der heimischen Bewerber gering ist, weiterhin unbesetzt, während gleichzeitig motivierte Flüchtlinge (mit Bleibeperspektive oder im offenen Asylverfahren) zum Nichtstun in ihren Wohnungen gezwungen werden, statt dass sie möglichst schnell an einem geregelten Arbeitsalltag teilnehmen können.

Dieser Zustand ist sowohl für Flüchtlinge als auch für Unternehmen nicht nachvollziehbar. Der gesellschaftliche Wunsch nach Integration in unsere Gesellschaft kann so nicht erfolgen und wird durch teilweise vorgeschobene Bürokratie verhindert. Hier werden entsprechende Mittel verschwendet, wenn Plätze / Maßnahmen etc. nicht angetreten werden können (z.B. Teilnahme an Schulungen in Recklinghausen) oder wenn sogar Ausbildungsverhältnisse in Frage stehen, die zum Teil durch Vermittlung durch die verschiedenen Bildungseinrichtungen und in Zusammenarbeit mit dem Handwerk (Schulungs- und Servicezentrum Vest GmbH RE / ElNet plus RE / Bildungszentrum des Handels e.V. RE) zustande gekommen sind, da Genehmigungen durch die entsprechende Behörde nicht erteilt wurden oder nur mit Schwierigkeiten erhalten werden konnten.

Die Verwaltung sollte den Dialog mit allen relevanten Akteuren außerhalb der Politik suchen und hier aktiv werden. Die Verwaltung sollte bemüht sein, hier positive Erfolge zu schaffen, bei denen motivierte Flüchtlinge Praktika und Ausbildungsplätze bei Unternehmen antreten können, deren Angebote bisher unbesetzt geblieben sind. Nur so kann Flüchtlingen ein Weg aus dem dauerhaftem Bezug von Sozialleistungen ermöglicht und gesellschaftliche Integration erfolgreich gelebt und gestaltet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Breilmann

Fraktionsvorsitzender